

Ernst Breit

Gewerkschaften in der Kritik

Rückblick und Ausblick

Am Vorabend des 14. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB, 41^o Jahre nach dessen Gründung, richtet sich das kritische Augenmerk der Öffentlichkeit erneut auf die Politik der Gewerkschaften und hierbei speziell auf die des Dachverbandes. Aufs Korn genommen wurde die anscheinend allzu zögerliche Behandlung der Frage der künftigen Vorstandsbesetzung. Kritisiert wird aber ebenso das Sparprogramm, das sich der DGB selbst verordnet hat und das in dieser Hinsicht nunmehr umgesetzt wird. Hinzu kam ferner Kritik an der Haltung des DGB gegenüber den Gewerkschaften der DDR und deren Dachverband FDGB. Es darf vermutet werden, daß im Wahljahr^o1990 auch noch die Haltung der Gewerkschaften in der Affäre Neue Heimat wieder hervorgeholt werden wird.

So unbequem diese Kritikpunkte für manchen in den Gewerkschaften auch sein mögen: Sie sind Ausdruck für ein waches Interesse einer breiten Öffentlichkeit an Politik und Organisation des DGB und der Gewerkschaften. Der DGB unterliegt ebenso einer Kontrolle durch die Öffentlichkeit wie er umgekehrt den Anspruch für sich reklamiert, als Organisation, die Arbeitnehmerinteressen vertritt, das Handeln beziehungsweise Unterlassen anderer zu bewerten und zu kritisieren und damit als Kontrollinstanz zu wirken. Das schließt gleichwohl nicht aus, daß Kritik zurückgewiesen werden muß, die an der Sache vorbeigeht.

Acht Jahre Gewerkschaftspolitik- ein kurzer Rückblick

Der Zeitraum von 1982 bis heute wird durch zwei Wendepunkte in der Entwicklung staatlicher und gewerkschaftlicher Politik markiert. Am Beginn stand die Wende in der Bundesrepublik vom sozial-liberalen Bündnis zur konservativ-liberalen Koalition, die eine lange nicht dagewesene Konfrontation zwischen Gewerkschaften und Regierung nach sich zog. Gegen Ende dieser Zeitspanne steht die Revolution in der DDR mit der Durchsetzung parlamentarischer Demokratie als unmittelbarer Folge und einer Neubestimmung Gesamtdeutschlands und seiner Rolle in Europa sowie einer entsprechenden Neuformierung der deutschen Gewerkschaften als weiterer Konsequenz. Dazwischen liegt eine Zeitspanne, die für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften durch erhebliche Belastungen psychologischer und finanzieller Natur, aber auch durch besondere organisatorische Anstrengungen gekennzeichnet ist.

Ging es in Sachen Neue Heimat um Probleme, die im wesentlichen auch „hausgemacht“ waren, wurden die übrigen Hauptthemen der Gewerkschafts-

politik der letzten acht Jahre von externen Faktoren vorgegeben: Die auch nach acht Jahren unerträglich hohe Arbeitslosigkeit war es vor allem, welche die Themen vorgab – ob Arbeitszeitverkürzung und Rationalisierungsschutz im Verhältnis zu den Tarifgegnern oder beschäftigungsorientierte Finanz- und Steuerpolitik, Beschäftigungsförderungsgesetz, AFG116 und Mitbestimmung im Verhältnis zur Bundesregierung.

Es hat innerhalb dieser Zeitspanne von acht Jahren im Konjunkturzyklus gleich mehrere Wellen der Gewerkschaftskritik gegeben, mit nicht immer ganz taufischen Argumenten und auch nicht immer aus berufenem Munde. Erinnerung sei nur an das Schlagwort vom Dinosaurier, der vom Aussterben bedroht sei. Dieses Bild, das im Rahmen der Diskussion um die Zukunft der Arbeit noch vor etwa fünf Jahren recht häufig gebraucht wurde, wird heute kaum noch ins Feld geführt. Ein gleiches Schicksal war dem Schreckbild eines von Gewerkschaftspolitik bedrohten Industriestandortes Bundesrepublik beschieden: noch vor zwei Jahren der beliebteste Gassenhauer der Wirtschaftspublizistik, inzwischen schon fast vergessen.

Ernster zu nehmen waren Kritiken, die auf eine immer noch ungenügend entwickelte europäische Dimension der Gewerkschaftsarbeit hinwiesen. Auf diesem Feld gibt es in der Tat noch Nachholbedarf im Verhältnis zu den Unternehmen, für die das Überschreiten von Grenzen schon längst zum Alltagsgeschäft geworden ist.

Positionsanalyse

Auch wenn ein erheblicher Teil der zuweilen mit Häme vorgebrachten Kritik an den Gewerkschaften abgegriffen und durch die Realität widerlegt ist – es besteht kaum Veranlassung, gleichsam gelassen in die Zukunft zu bücken und den Stolz auf eigene Errungenschaften hervorzukehren. Einige Strukturprobleme, denen sich die Gewerkschaften seit Jahren ausgesetzt sehen, sind nach wie vor nicht gelöst.

Hierzu gehören in erster Linie die organisationspolitischen Probleme vieler Gewerkschaften in Kleinbetrieben sowie in Teilbereichen des Angestelltensektors - Tatsachen, die sich bei fortgesetztem Strukturwandel in der Wirtschaft künftig als bedrohlich für die Organisationsmacht von Gewerkschaften herausstellen könnten. Aber auch die zuweilen fehlende Betriebsnähe der Tarifpolitik bei Geltung flächendeckender Regelungen birgt organisationspolitische Risiken in sich: Sie provoziert, wenn die Konjunktur anzieht, einen Trend zur betrieblichen Lohnpolitik und untergräbt die Regelungsmacht der Gewerkschaften - eine Erscheinung, die in den kommenden Jahren bedeutsamer werden wird, wenn die Wirtschaftsprognosen zutreffen sollten.

Zwar müssen sich fast alle Gewerkschaften in der Welt mit derartigen Problemen, die keineswegs neu sind, auseinandersetzen, aber das ist kaum ein Trost und erst recht keine Lösung. Zwar sind inzwischen richtige Schritte eingeleitet, so zum Beispiel mit der Organisationskampagne Angestellte, die der

DGB gegenwärtig gemeinsam mit den Gewerkschaften führt. Offen ist jedoch, ob der Wettlauf mit der Zeit gewonnen wird. Die Risiken sind mindestens ebenso hoch wie die Chancen.

Zur nüchternen Betrachtung der Strukturprobleme gehört allerdings auch die Erkenntnis, daß Gewerkschaften und DGB zumindest im internationalen Vergleich eine Position einnehmen, die beachtlich ist. Nicht zuletzt wegen des bei uns realisierten einheitsgewerkschaftlichen Prinzips blieben sowohl der Mitgliederbestand stabil als auch die politische Einflußmöglichkeit im wesentlichen intakt. Die Durchsetzungsfähigkeit gegenüber den Unternehmen ist erhalten geblieben, und dies trotz eines politischen Rahmens, der für die Gewerkschaften insgesamt ungünstig war: Beschäftigungsförderungsgesetz 1985, Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz 1986, Änderungen der Betriebsverfassung 1988 - alles massive Versuche zur Disziplinierung von Arbeitnehmern, Gewerkschaften und gewerkschaftlich organisierten Betriebsräten.

Die Gewerkschaften haben trotz derartiger Beeinträchtigungen ihre Innovationsfähigkeit unter Beweis stellen können, wie ein Blick auf einheitliche Entgeltverträge, auf Tarifverträge zur Wochenarbeitszeitverkürzung und zur Weiterbildung im Betrieb zeigt. Das ist nicht zuletzt einer inneren politischen Stabilität geschuldet, die von Gewerkschaftskritikern erstaunlicherweise kaum gewürdigt wird. Es ist diese interne Stabilität, die uns zwar nicht in Selbstzufriedenheit wiegt, uns aber dennoch selbstbewußt auftreten lassen kann. Wir brauchen diese Stärke aber auch, um die auf uns einstürmenden Probleme im Zuge des deutsch-deutschen Annäherungsprozesses bewältigen zu können.

Deutsch-deutsche Gewerkschaftsaufgaben

Zur größten Aufgabe der Gewerkschaften ist binnen weniger Monate die Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung in einem geeinten Deutschland geworden.

Überall dort, wo Gewerkschafter aus der Bundesrepublik um Rat und Hilfe gebeten werden, helfen wir, so schnell und so umfassend wie möglich. Dem Demokratisierungsprozeß konnten wir damit zwar Hilfestellung geben und ihn begleiten, aber niemand aus dem DGB konnte und wollte ihn damit auch selbst in die Hand nehmen. Dies konnte nur von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der DDR selbst geschehen. Es galt also, einen Prozeß abzuwarten, für den es eigentlich keine Zeit mehr gab. Denn gerade die rasante wirtschaftspolitische Entwicklung machte umgehend eine einheitliche und starke Interessenvertretung erforderlich. Dies läßt sich jedoch weder von oben beschließen, noch von außen importieren. Eine wirklich demokratische Massenorganisation lebt durch ihre Mitglieder und deren Überzeugungen und Entscheidungen.

Die Gewerkschaften der DDR haben Anfang Mai den entscheidenden Durchbruch erzwingen, nicht zuletzt in Anbetracht der Tatsache, daß der DGB unmißverständlich klargestellt hatte, daß er das Vertrauen in den FDGB für unwiederbringlich verloren hält. Der Dachverband der Gewerkschaften, der FDGB, war nicht in der Lage, die notwendigen Reformen an Kopf und Gliedern durchzusetzen. Seine neu gewählten Führungspersönlichkeiten wollten es wohl auch nicht oder hatten nicht die Kraft dazu. Der DGB ist seitens der Gewerkschaften der DDR gebeten worden, auch als Dachverband demokratischer und unabhängiger Gewerkschaften in der DDR zu wirken. Wir werden diese Aufgabe in enger Abstimmung mit dem Sprecherrat der Gewerkschaften und Industriegewerkschaften der DDR übernehmen.

Die Modalitäten einer deutschen Einigung werden immer konkreter, in kürzester Zeit wird es einen Staatsvertrag zwischen beiden deutschen Staaten geben, der die wesentlichen Grundzüge, aber auch schon viele Details für ein einiges Deutschland regelt. Für die Gewerkschaften - in der DDR und in der BRD - heißt es, die Chancen und Risiken dieser Einigung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu bewerten und entsprechend zu handeln. Es gibt die Sorge, daß die DDR zu einem Billiglohnland in Deutschland werden könnte, daß bewährte soziale Errungenschaften nicht übernommen werden, und daß die Aussperrung, die in der Rechtsordnung der Bundesrepublik keine Grundlage hat, in der DDR sanktioniert wird. Arbeitslosigkeit droht in vielen Bereichen der maroden Wirtschaft. Auf der anderen Seite werden gerade die notwendigen Aufbauarbeiten für viele neue Beschäftigung und neue Perspektiven bedeuten. Ob die Risiken oder die Chancen überwiegen, hängt zum großen Teil auch vom Engagement und der Kraft der Gewerkschaften ab. Deshalb werden der DGB und seine Gewerkschaften die Herausforderung zur Schaffung eines geeinten Deutschlands mit sozialem Antlitz annehmen. Denn wir wissen, daß jetzt die Weichen für die zukünftige Wirtschafts- und Sozialpolitik gestellt werden. Und wie wir auch beim Aufbau der Bundesrepublik zur oft entscheidenden gesellschaftlichen Gestaltungskraft geworden sind, so werden wir auch in dieser Situation am Vorabend der deutschen Einigung diesen Part wieder übernehmen - weil wir die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der DDR auf unserer Seite wissen.

Europäisierung der Gewerkschaftsarbeit als Perspektive

Daß ein künftiges Gesamtdeutschland nur eingebettet in einen gesamteuropäischen Einigungsprozeß zu denken ist, ist mittlerweile allseits akzeptierte Grundlage. Auch für die künftig vereinten Gewerkschaften in Gesamtdeutschland stellen sich in Wahrnehmung ihrer europäischen Verantwortung neue Aufgaben.

Dabei gilt es zunächst, mögliche Bedenken unserer Bruderorganisationen im Europäischen Gewerkschaftsbund hinsichtlich einer Dominanz der Deutschen nach erfolgtem Einigungsprozeß wirksam zu zerstreuen. Dies kann nur dadurch geschehen, daß wir den Weg schneller beschreiten, den zu gehen wir

angesichts künftiger beschleunigter Internationalisierung der Wirtschaft ohnehin gezwungen sind: den Weg der Internationalisierung, speziell der Europäisierung, unserer gewerkschaftlichen Alltagsarbeit in Betrieben und Verwaltungen, in der Mitbestimmung wie in der Tarifarbeit. Nur so können die Ängste unserer Nachbarn, die 45 Jahre nach Kriegsende gelegentlich immer noch eine Rolle spielen, abgebaut werden.

Den vereinten Gewerkschaften in Gesamtdeutschland wird darüber hinaus die Aufgabe zuwachsen, eine Brückenfunktion zwischen den Gewerkschaften im Europäischen Gewerkschaftsbund sowie denjenigen der bisherigen Ostblockländer zu erfüllen. Diese Aufgabe, zu der uns die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber den ehemals überfallenen und geschundenen Ländern Osteuropas verpflichtet, wird um so eher bewältigt werden können, als die gewachsenen Beziehungen zwischen der Bevölkerung der DDR und den Völkern dieser Länder auch und gerade für eine neue Dimension gewerkschaftlicher Arbeit genutzt werden. Ziel muß es sein, auch die letzten Reste des Eisernen Vorhangs in Europa hochzuziehen, und sei es jener in den Köpfen.

Die historische Chance einer Europäisierung der Gewerkschaftsarbeit im doppelten Sinne gilt es zu nutzen. Der DGB ist hierzu bereit und auch in der Lage.